



Antrag

der Fraktion der SPD

In der Krise das soziale Europa stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die COVID-19-Pandemie die Ungleichheiten in Europa verschärft hat. Die Krise hat zudem gezeigt, dass ein soziales Europa notwendiger denn je ist.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf Bundes- und europäischer Ebene besonders dafür einzusetzen, die sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie abzufedern und die Säule sozialer Rechte umzusetzen und zu stärken.

Ziel bleibt die europäische Sozialunion, die soziale Mindeststandards sichert, Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet und die sozialen Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa stärkt. Europa braucht gerade jetzt starke Sozialsysteme und faire Arbeitsbedingungen.

Die Landesregierung soll sich insbesondere für folgende Bestandteile der europäischen Säule sozialer Rechte einsetzen:

- einen Rahmen für nationale Grundsicherungssysteme und Förderung der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- einen europaweiten Mindestlohn,
- Stärkung der Rechte entsandter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, indem die neue EU-Entsenderichtlinie konsequent umgesetzt wird und dieses effektiv kontrolliert wird. Es muss das Prinzip gelten: gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort – für Männer und Frauen,

- Erhalt und Ausbau der „Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit“ in Schleswig-Holstein,
- Durchsetzung hoher Arbeitsschutzstandards für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU,
- Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte,
- bessere Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen für Saisonarbeitnehmerinnen und –arbeitnehmer,
- Verbesserung der Mobilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere im deutsch-dänischen Grenzland, u.a. durch eine schnelle und unbürokratische Anerkennung von Berufsabschlüssen, die weitere Stärkung der Grenzpendlerberatung und die Aufhebung der erforderlichen Bescheinigungen für kurzfristige Dienst- und Geschäftsreisen (A1-Bescheinigung),
- eine europäische Arbeitslosenrückversicherung,
- Umsetzung der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter,
- Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit durch Stärkung der Jugendgarantie,
- Weiterbildung als zentrale arbeitsmarktpolitische Antwort auf den Strukturwandel,
- einen europäischen Masterplan für Inklusion,
- Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion mit ausreichender finanzieller Ausstattung,
- bessere finanzielle Ausstattung des ESF+ und Abfederung ggf. wegfallender EU-Fördermittel durch Landesmittel.

Begründung:

Durch die COVID-19-Pandemie verschärfen sich die Ungleichheiten in Europa noch zusätzlich. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft soll deshalb genutzt werden, die sozialen Auswirkungen der Krise zu bewältigen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa zu sichern und zu stärken.

Die Krise macht deutlich, dass ein soziales Europa gerade jetzt stärker denn je notwendig ist. Deshalb sollte sich Deutschland im Rahmen der Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, die Säule der sozialen Rechte auszubauen und zu stärken und eine Gesundheitsunion zu schaffen, die besser auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren reagieren kann.

Regina Poersch

Wolfgang Baasch

und Fraktion